

Antrittsrede von Willy Brandt als neuer Präsident der Sozialistischen Internationale bei ihrem Kongress in Genf, 26. November 1976

Für mich ergeben sich neue, ernste Pflichten. Ich will versuchen, ihnen gerecht zu werden und verbinde damit die Hoffnung, daß von diesem Genfer Kongreß etwas ausgehen möge, das Spuren hinterläßt.

Wir brauchen einen Neubeginn unserer Zusammenarbeit. Ich will meinen Beitrag leisten, aber ich bin dabei auf viel Unterstützung angewiesen: auf guten Rat und auf die Bereitschaft, einander zu verstehen und sich zu verständigen, Aufgaben zu übernehmen, Kräfte zusammenzuführen und in vernünftiger Abstimmung sinnvolle Initiativen zu ergreifen.

Die Aufrichtigkeit Ihnen allen gegenüber gebietet, daß ich die sachlichen Begrenzungen meiner Präsidentschaft deutlich mache: Einmal will und darf ich meine Aufgaben als Vorsitzender der deutschen Sozialdemokraten nicht vernachlässigen. Zum andern kann sich meine Verantwortung als Präsident der Internationale nur aus dem ergeben, was wir miteinander beschließen und was sich aus unseren gemeinsamen Überzeugungen ergibt. Der Vorsitzende der Internationale ist kein Vormund der Parteien, und ich will auch nicht für das in Anspruch genommen werden, was die einzelnen Parteien aufgrund der Bedingungen, unter denen sie wirken, und aufgrund ihrer Eigenverantwortung zu vertreten für richtig halten.

Bevor ich mich hier zu den Aufgaben der Internationale äußere, möchte ich einen Gruß richten an die Frauen und Männer, die ihrer freiheitlichen und sozialistischen Überzeugung wegen in vielen Ländern verfolgt und in Gefängnissen gequält werden. Sie sollen wissen, daß wir mit guten Gedanken bei ihnen sind und uns ihnen eng verbunden fühlen.

Dies gilt auch für diejenigen, die ihrer Überzeugung wegen die Heimat verlassen mußten und womöglich auch noch ausgebürgert wurden. Wir müssen wie eh und je dafür sorgen, daß unsere Staaten den Exilierten eine sichere Zuflucht bieten.

Einen herzlichen Gruß richte ich an die Bewegungen, die in diesem Augenblick in verschiedenen Teilen der Welt im Kampf um Frieden und Freiheit und soziale Gerechtigkeit stehen. Ich nenne die Friedensaktion der Frauen in Nordirland, den Kampf um die Freiheit der Mehrheit im südlichen Afrika, das opfervolle Ringen

um sozialen Fortschritt in weiten Regionen Lateinamerikas und Asiens. Überall, wo es darum geht, die Knechtung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu überwinden, sind wir mitbetroffen, mitherausgefordert und dazu aufgerufen, Mittel und Wege der Solidarität ausfindig zu machen.

Mein aufrichtiger Dank schließlich gilt denen, die vor uns in der Sozialistischen Internationale Verantwortung getragen haben. Stellvertretend für sie alle nenne ich unseren Freund Bruno Pittermann, dessen Verdienste hier jeder kennt. Der Niederschlag dessen, was die, die vor uns wirkten, geleistet haben, bleibt in unserer Obhut. Wir möchten möglichst viel weitergeben an die jungen Frauen und Männer, die auf uns folgen in der Kette der Generationen. Ich möchte, daß wir uns auf einen engen Kontakt mit den nachrückenden Kräften einstellen, mit denen wir – wie ich hoffe – die Erneuerung und Stärkung des demokratischen Sozialismus ein gutes Stück voranbringen können.

Wir stehen in der Tradition der Internationale als einer starken Idee und als einer nun schon historischen Bewegung, auf die sich viel Hoffnung konzentrierte – sehr viel mehr, als sie erfüllen konnte. Das zwingt uns zur Bescheidenheit. Nichts ist damit gewonnen, wenn wir Worte für die Wirklichkeit nehmen oder uns wesentlich mehr vornehmen als wir zu leisten vermögen.

112 Jahre sind vergangen, seit die Internationale Arbeiter-Assoziation in London ins Leben gerufen wurde. 87 Jahre seit dem Internationalen Arbeiterkongreß in Paris, 53 Jahre, seit ich als kleiner Junge in das Hamburger Gewerkschaftshaus kam, als dort nach dem Ersten Weltkrieg die Sozialistische Arbeiter-Internationale wiederbegründet wurde. 25 Jahre, seit – nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges – unser heutiger internationaler Zusammenschluß durch den Frankfurter Kongreß auf den Weg gebracht werden konnte.

Wenn man so will, kann man hierin eine Geschichte der Niederlagen sehen: Niederlagen der Völker, der Vernunft, der Humanität. Die beiden Weltkriege konnten nicht verhindert werden. Immer neue Formen von Gewaltherrschaft breiteten sich aus. Sozialismus als Freiheitsbewegung wurde weithin pervertiert. Aber man kann auch fragen:

Was wäre den Völkern erspart geblieben, wenn man jedenfalls nach dem Ersten Weltkrieg auf die Ratschläge demokratischer Sozialisten gehört hätte? Und wieviel besser stünde es heute um die Welt, wenn die Vorschläge durchgedrungen wären, die aus weitreichender Verantwortung vor 1945 im bombengeplagten London oder durch uns in Stockholm in einer Internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten zu Papier gebracht wurden? Oder die aus dem sozialistischen Widerstand in Frankreich und Italien kamen, aus dem indischen Freiheitskampf und der japanischen Arbeiterbewegung, aus dem großen amerikanischen Freiheitsreservoir und den vielen kleinen Quellen eines weltweiten Ringens um nationale und soziale Befreiung?

Viele Warnungen wurden überhört oder drangen nicht durch. Vielerorts wurden leidvolle Erfahrungen zunächst umsonst gemacht. Das wäre nur eine Geschichte von Niederlagen, wenn wir selbst aus dieser Erfahrung nichts gelernt hätten.

Wir haben gleichzeitig auch Grund, stolz zu sein: In einer Vielzahl von Ländern haben sich demokratische Sozialisten in der Regierungsverantwortung erproben und – gemeinsam mit den Gewerkschaften – dabei helfen können, daß aus Abermillionen rechtloser Proletarier gleichberechtigte Staatsbürger geworden sind. In fast allen Teilen der Welt liegt das Zeitalter des Kolonialismus hinter uns. Auf mehr Gebieten als uns von Tag zu Tag bewußt sein mag, haben freiheitlich-sozialistische Gedanken ihren Niederschlag gefunden im Denken derer, die zu handeln haben, oder im Aufbegehren derer, die nicht mehr nur mit sich handeln lassen wollen.

Die meisten von uns dürften darin übereinstimmen, daß die allgemeine Orientierung, die unserer Frankfurter Prinzipienklärung von 1951 zugrunde liegt, bestätigt zu werden verdient. Wir werden uns auch darin einig sein, daß die Erfahrungen – und welche Erfahrungen! – des vergangenen Vierteljahrhunderts verarbeitet werden müssen. Wir können uns dem nicht entziehen, während wir uns – und das ist das Entscheidende! – den Aufgaben der 80er und 90er Jahre zuwenden. Ich möchte nicht, daß wir die Debatte über die programmatischen Grundlagen vernachlässigen, aber es wäre ebenso falsch, wenn die praktische Arbeit der Koordination, des Austausches von Meinungen und Erfahrungen, der Verständigung über gemeinsame Aktionen dabei zu kurz käme.

Dies wirft die Frage auf, was die Internationale ist und was sie nicht ist, was sie sein und was sie nicht sein kann. Sie war jedenfalls niemals und sie wird niemals eine internationale Kommandozentrale sein, die den Mitgliedsparteien vorschreibt, welchen Weg sie in ihren Ländern zu gehen hätten. Unterstellungen, dies sei eine internationale Partei mit einheitlichen Doktrinen, werden von reaktionären Kreisen in der Absicht genährt, uns in die Nähe von Kräften zu rücken, die sich im Interesse ihrer Machtentfaltung einer zentralistischen Struktur bedienen.

All dies hat mit der Wirklichkeit unserer Gemeinschaft nichts zu tun. Die Sozialistische Internationale kann und will nicht verzichten auf die Vielschichtigkeit und Vielfarbigkeit ihrer Mitgliedsparteien, die das Ergebnis langer historischer Entwicklungen sind und der Ausdruck unterschiedlicher objektiver Gegebenheiten. Auch die subjektiven Unterschiede, die auf manchen Teilgebieten voneinander abweichenden Meinungen, wollen wir nicht verkleistern. Eine sozialdemokratische Weltexekutive gab es nicht und wird es nicht geben.

Dies ist eine Arbeitsgemeinschaft souveräner Parteien, die von einer Anzahl gemeinsamer Grundüberzeugungen ausgehen und sich – vielfach schon seit vielen Jahrzehnten – miteinander verbunden fühlen. Nicht Weisungen oder lebensfremde Mehrheitsbeschlüsse prägen die Zusammenarbeit, sondern Ideen und moralische Impulse und nicht zuletzt die Suche nach gemeinsamen Lösungen. Und dies in einer Welt, die zunehmend angewiesen ist auf neue, grenzüberschreitende Antworten auf Fragen, die einerseits von zerstörerischer Bedrohung handeln, andererseits vom Überleben in Freiheit und Würde.

Ich sprach vom Programm, von den uns verbindenden Prinzipien. Wir sollten uns dabei auf die Kontinuität besinnen, die unserem Ringen um Frieden und Freiheit, um Gerechtigkeit und Solidarität seit vielen Jahrzehnten zugrunde liegt.

Erinnern wir uns an die Inauguraladresse von 1864. Die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, so hieß es dort, seien als die obersten Gesetze auch des Verkehrs von Nationen geltend zu machen. Und in den Statuten für die 1. Internationale heißt

es: Die Emanzipation der „Arbeiterklasse“, der breiten benachteiligten Schichten also, sei weder eine lokale, noch eine nationale, sondern sie sei eine *soziale* Aufgabe, welche alle Länder umfasse, in denen die moderne Gesellschaft besteht.

Wer von uns wollte leugnen, daß uns hier ein Kompaß an die Hand gegeben wurde, der nicht veraltet ist! Auch nicht durch die stolzen Leistungen, die die Arbeiterbewegung, die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften hinter sich gebracht haben. Auch nicht durch grundlegende Veränderungen, die für das Verhältnis zwischen den Staaten in diesem Teil der Welt kennzeichnend geworden sind. Ich sage dies an diesem Ort im wachen Bewußtsein dessen, wie es zwischen Deutschland und Frankreich stand und was sich daraus zum Besseren entwickelt hat.

Oder denken wir an unsere anti-imperialistische Tradition! Die Konturen einer neuen Entwicklung wurden deutlich vorgezeichnet. So, als die 2. Internationale 1900 in Paris die herrschende Kolonialpolitik verurteilte; als 1907 in Stuttgart der siebente Kongreß verlangte, die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Entwicklung der gesamten Menschheit zu stellen; als wir mitten im Zweiten Weltkrieg unsere Friedensziele deutlich verknüpften mit den Postulaten der Unabhängigkeit der Staaten und der Selbstbestimmung der Völker. Demokratische Sozialisten haben früh nachgedacht über völkerumspannende Solidarität und weltweite gemeinsame Verantwortung. Sie waren moderner als ihre Umwelt.

Vor allem auch stehen wir in der Kontinuität des Ringens um einen Sozialismus, der Freiheit voraussetzt und Freiheit bewirkt: der einzelne soll sich frei entfalten können in einer Gesellschaft und in einer Welt, in der die Ausbeutung von Menschen durch Menschen überwunden wird. Dies führte zum Streit, zum Bruch mit den Kommunisten, es führte zu Auseinandersetzungen, die opfervoll waren und noch lange nicht abgeschlossen sind. Das Verhältnis zu Freiheit und Demokratie ist aber auch der Prüfstand, der über die weitere Entwicklung einiger kommunistischer Parteien Aufschluß geben wird.

Demokratische Sozialisten haben die Orientierung am Menschen, an seiner Sehnsucht nach Freiheit und Frieden, seinem Drang nach Gerechtigkeit und seiner Fähigkeit zur Solidarität, zur Mit-Leidenschaft nie verloren. Das ist ihre Tradition, und das macht sie stark.

Die geistig-politischen Grundlagen unserer internationalen Zusammenarbeit werden wir immer wieder an der Realität zu messen haben. Vieles wird davon abhängen, wie wir unser Verhältnis gestalten werden zu verwandten Parteien und Bewegungen in solchen Regionen, in denen andere als unsere traditionellen Voraussetzungen gegeben sind: in beiden Teilen Amerikas, in Afrika, in Asien. Es gilt, Gemeinsamkeiten fruchtbar zu machen, um gemeinsamen Zielen näher zu kommen. An der gebotenen Flexibilität der Zusammenarbeit darf es uns nicht fehlen. Dies gehört dazu, wenn man die Internationale nicht nur als Verein, sondern als politischen Organismus versteht.

Der Kompaß bleibt auf Frieden und Freiheit gerichtet, auf Gerechtigkeit und Solidarität. Der Weg dorthin muß frei sein von Diskriminierung, fern jeglicher Diktatur, bar jedes Imperialismus, geschützt vor der Einmischung in innere Angelegenheiten, die Sache der Völker sind und ihrer Souveränität. Es ist gewiß ein Weg der politischen Demokratie, die wir mehr als sichern, nämlich ausbauen und vertiefen wollen. Aber gewiß ist auch, daß es eine universell gültige Lösung für die Probleme der Organisation von Staat und Gesellschaft – zumal eine, die sich einseitig an europäischen Erfahrungen orientiert – nicht geben wird. Internationale Verbundenheit erstreckt sich jedenfalls in meinem Verständnis auf jedes Land und jeden Staat mit ihrem eigenen Weg zur demokratischen Freiheit und zur sozialen Gerechtigkeit.

Welche Grundlagen, so frage ich mich noch einmal, werden unsere Arbeit bestimmen? Ich denke, wir werden uns stark zu orientieren haben an dem, was die Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg an Veränderung gebracht hat. Die Weltkarte ist neu gezeichnet. Die wissenschaftlich-technologische Revolution geht weiter. Die weltwirtschaftlichen Beziehungen befinden sich in einem tiefgreifenden Wandel. Ein weiteres Beispiel für die historischen Veränderungen der zurückliegenden Zeit ist der sich immer deutlicher abzeichnende Polyzentrismus in dem, was ein kommunistisches Weltlager genannt wurde.

Hierzu ein paar Bemerkungen: Es kann nicht darum gehen, Grenzen zu verwischen oder Gefahren zu beschönigen. Im Gegenteil: Man muß die Realitäten des Kommunismus in der Neige des 20. Jahrhunderts begreifen. Wer gegen Phantome kämpft, verliert den wirklichen Gegner aus dem Auge. Wir haben es nicht mehr nur mit Moskau und Peking und mit Varianten eines Nationalkommunismus zu tun. Uns begegnet auch das Phänomen, das – unscharf und mißverständlich – als Eurokommunismus bezeichnet wird.

Ich vermute, es gäbe ihn nicht, wäre er nicht von der Vitalität, von der Konkurrenz der westeuropäischen Sozialdemokratie mit herbeigezwungen. Für mich ist noch nicht entschieden, wo es sich um Taktik im Interesse der Macht handelt und wo um Entwicklung aus Erkenntnis. Die bekannte Ostberliner Konferenz vor einigen Monaten hat hierüber nur bedingt Aufschluß gegeben. Man muß ernst nehmen, daß die Repräsentanten jener Parteien, von denen hier die Rede ist, Kommunisten bleiben wollen; man muß auch zur Kenntnis nehmen, daß einige von ihnen gewillt scheinen, sich dem Wagnis der Demokratie auszusetzen. Nur der politisch Unsensible wird sagen können, dies sei von geringem Interesse.

Was die Arbeit der Sozialistischen Internationale in den zurückliegenden Jahren angeht: Wer wollte bestreiten, daß sie mit erheblichen Mängeln behaftet war? Mit dieser Feststellung verbinde ich keine Vorwürfe, sondern die Aufforderung an uns alle, die erkannten Schwächen zu überwinden.

Wir sind hierher nach Genf gekommen, um einen neuen Anfang zu machen. Dabei empfiehlt es sich, daß wir uns nicht übernehmen. Aber ich denke, wir können von folgenden verbesserten Arbeitsbedingungen ausgehen:

Das Generalsekretariat soll besser ausgestattet und in die Lage versetzt werden, seine koordinierenden Aufgaben wirksamer wahrzunehmen. Die Vizepräsidenten werden von mir dringend gebeten werden, sich wichtiger Aufgabenbereiche anzunehmen.

Das Büro, in dem in Zukunft alle Mitgliedsparteien mitwirken können, wird gewinnen, wenn es manche Routine der letzten Jahre überwindet.

Fachkonferenzen werden eine größere Rolle spielen können; es mag sich empfehlen, daß sie von einer jeweils besonders engagierten Mitgliedspartei einberufen und betreut werden, aber die Planungen sollten gut aufeinander abgestimmt sein.

Gelegentliche Konferenzen der Parteivorsitzenden und Regierungschefs werden in Zukunft ihren Platz in den geordneten Strukturen der Internationale haben; sie können – ob regional oder umfassender – noch wichtiger werden, um dem Meinungsaustausch sowohl zwischen regierenden Parteien als auch zwischen diesen und solchen in der Opposition angemessenen Raum zu geben.

Bei alledem sollten wir beachten, daß es nicht auf die Quantität von Terminen und Texten, sondern auf den qualitativen Gehalt unserer Zusammenarbeit ankommen wird.

Ich habe offenkundige Schwächen der bisherigen Arbeit erwähnt. Aber ich will durch vier Beispiele – die zugleich Hinweise für künftige Aktivitäten geben – auch daran erinnern, daß es gelungen ist, auf einigen Gebieten durchaus beachtliche Teilerfolge zu erzielen.

Beispiel Entspannung: Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Sozialdemokraten und die von ihnen beeinflussten Regierungen seit Ende der 60er Jahre wesentlich dazu beigetragen haben, daß im Ost-West-Verhältnis Spannungen abgebaut, Gefahren für den Frieden reduziert und Voraussetzungen für mehr Zusammenarbeit – unbeschadet der gegensätzlichen politischen Ordnungen – geschaffen werden konnten. Alles spricht dafür, uns von diesem Bemühen nicht abbringen zu lassen. Auf einer Konferenz, zu der unsere niederländischen Freunde vor wenigen Wochen eingeladen hatten, gab es weitgehende Zustimmung zu einer unverändert illusionslosen und zugleich beharrlichen Politik. Dort herrschte auch Übereinstimmung, daß wir unsere Positionen für Belgrad – das heißt: für die erste Überprüfung dessen, was 1975 im Zeichen von Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki zu Papier gebracht worden war – realistisch aufeinander abstimmen sollten.

Beispiel Westeuropa: Im Bund unserer Parteien innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und in der Sozialistischen Fraktion des Europaparlaments erweist sich und muß sich zunehmend erweisen, daß wir fähig sind, über die nationalen Grenzen hinweg so zusammenzuarbeiten, daß die soziale und freiheitliche Komponente in Europa gestärkt wird. Die in Aussicht genommene Direktwahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments stellt uns vor die Aufgabe, eine Programm-Plattform zu verabschieden, auf die gestützt möglichst viele Sozialdemokraten das Vertrauen der europäischen Bürger erringen und rechtfertigen können. (Ich habe bewußt „Sozialdemokraten“ gesagt, nicht „Sozialdemokraten und Sozialisten“. Die unterschiedlichen Namen der Parteien führen nicht selten zur Verwirrung. Nach dem Programm meiner Partei ist die Sozialdemokratie die Partei des demokratischen Sozialismus).

Wenn von europäischer Einigung die Rede ist, darf natürlich die Zusammenarbeit zwischen den Parteien innerhalb der Gemeinschaft mit denen aus Ländern, die auf unterschiedliche Weise eng mit der EG verbunden sind, nicht vernachlässigt werden. Dies gilt auch für den Rahmen, den uns der Straßburger Europarat bietet.

Beispiel Portugal: Ich will den Beitrag nicht überschätzen, den wir haben leisten können, damit die neue portugiesische Demokratie eine Chance bekam. Aber es ist eine Tatsache, daß wir zur Freundschaft mit Portugal – und zur Sozialistischen Partei unter Mario Soares – gestanden sind, als die Gefahr drohte, daß der einen Diktatur eine andere folgen würde – und als aus dem konservativen Lager kaum noch mehr als defätistische Redensarten zu vernehmen waren.

In etwas mehr als einer Woche soll nun in Madrid der erste Parteitag stattfinden, den unsere spanischen Freunde seit dem schrecklichen Bürgerkrieg in ihrem Land werden abhalten können. Von der Energie und Geschlossenheit der demokratischen Sozialisten wird es in hohem Maße abhängen, ob Spanien die Verkrustungen der Diktatur rasch genug hinter sich lassen kann. Felipe González soll wissen, daß er uns an seiner Seite hat.

Ermutung möchte ich auch unseren Freunden in Griechenland vermitteln. Wir wünschen ihnen nicht nur Erfolg bei der Festigung der demokratischen Institutionen und der Überwindung interner Schwierigkeiten, sondern auch die Kraft zum Ausgleich mit ihren Nachbarn. Ich muß hoffen, die zukunftsorientierten Kräfte in der Türkei werden gleichermaßen ihren Beitrag dazu leisten, daß die Region des östlichen Mittelmeers endlich befriedet werden kann.

Beispiel Caracas: Im Mai dieses Jahres hatten zahlreiche Vertreter der westeuropäischen Sozialdemokratie eine Einladung der venezolanischen Acción Democrática angenommen und sind mit den Repräsentanten demokratischer Bewegungen aus Lateinamerika und der Karibik zusammengetroffen. Die Beratungen, die in der mexikanischen Hauptstadt weitergeführt wurden, waren inhaltsreich und entsprachen der Flexibilität, zu der ich geraten habe.

Wenn ich dieses Beispiel nenne, so nicht, um die unter uns gültigen Verfahrensregeln zu ändern. Aber ich würde es für begrüßenswert halten, wenn ähnliche Begegnungen, die der gegenseitigen Information und der Suche nach Antworten auf aktuelle Probleme dienen, mit interessierten politischen Kräften in anderen Regionen stattfinden könnten, zunächst vielleicht in Afrika, aber gewiß auch in Asien und in Nordamerika.

Zu einer Reihe von arabischen Ländern ist informatorischer Kontakt durch jene Missionen aufgenommen worden, die unter der Leitung von Bruno Kreisky durchgeführt wurden. Es wäre gut, wenn dadurch der Weg zur Friedenslösung im Nahen Osten und zum konstruktiven Verhältnis zwischen Israel und seinen Nachbarn verkürzt werden könnte.

Zu Nordamerika ein Wort der Erläuterung: Wir dürfen gewiß nicht übersehen, daß dort die politischen Strukturen von geistigen Strömungen bestimmt werden, die uns verwandt und zugleich fremd sind. Wenn wir offene Augen haben, können wir beobachten, daß sozialdemokratische Impulse die politische und intellektuelle Landschaft der Vereinigten Staaten und Kanadas durchaus mitbestimmen; jedenfalls gibt es einen Grundstrom von Liberalität, die sich dort niemals hat besiegen lassen. Daraus folgt: Es gilt, das Gespräch mit amerikanischen Freunden und Partnern zu führen, wo immer und wann immer

sich Interesse anzeigt. Organisatorische oder gar ideologische Einengungen sind nicht angebracht.

Im übrigen freuen wir uns darauf, unseren nächsten Kongreß 1978 in Vancouver, Kanada, abhalten zu können.

Ich habe gesagt, unsere Gemeinschaft werde nicht in den Fehler verfallen dürfen, sich Unmögliches vorzunehmen. Aber schon gar nicht werden unsere Parteien sich den großen Aufgaben versagen können, die jeden Staat und jedes Volk in dieser Welt angehen. Ich will drei dieser Aufgaben nennen.

Erstens: Nur eine *Offensive für den gesicherten Frieden* kann der Menschheit die Zukunft garantieren.

Wir leben nicht nur in einer notwendigen Koexistenz unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnungen, wir leben auch in der schrecklichen Koexistenz mit einem Arsenal der Zerstörung, das Tag für Tag größer wird. Die nuklearen Weltmächte haben sich zwar auf erste Grenzen ihrer strategischen Rüstungen geeinigt, und sie verhandeln – hoffentlich mit Erfolg! – über ein zweites Abkommen. Doch dies hält sie nicht davon ab, die atomaren Stapel wachsen zu lassen. Hinzu kommt der Drang bisher nicht-nuklearer Staaten, sich Kernkapazitäten zu schaffen.

Auch wenn es gelingt, die Katastrophe eines Nuklearkrieges von der Menschheit fernzuhalten (und das muß gelingen!): Die Geißel der sogenannten konventionellen Kriege ist schrecklich genug. Wir können uns mit der Vernunft des Unvernünftigen nicht zufrieden geben; der Preis ist zu hoch. Im vorigen Jahre wurden in dieser Welt fast 300 Milliarden Dollar für die Rüstung aufgebracht. Dies ist das Dreißigfache des Nettotransfers finanzieller Mittel von den reichen für die armen Nationen. Ich versuche, mir vorzustellen: Würde auch nur ein nennenswerter Teil der destruktiven Ausgaben konstruktiv zum Wohlergehen der Menschheit investiert, wieviel Not könnte gelindert, wieviel Elend aus der Welt geschafft werden!

Ich habe den Frieden die ultima ratio der Menschheit genannt, den Krieg die ultima irratio. Ich weiß, daß es für die bestehenden Bündnisse – die es einigen gestatten, außerhalb zu bleiben – noch keinen Ersatz gibt. Aber der Wettlauf der Rüstungen bleibt doch ein Marathon des Irrationalismus. Jeder realistische Vorschlag zur Begrenzung und Kontrolle von Rüstungen ist es wert, aufgenommen, geprüft und verhandelt zu werden.

Meine Freunde und ich haben angeregt – und ich unterstreiche es hier –, daß die Wiener Verhandlungen über eine beiderseitige und ausgewogene Verminderung von Truppen und Rüstungen in Europa aus der Erstarrung der Expertengespräche gelöst und auf hoher politischer Ebene vorangebracht werden sollten. Das Ziel der Entspannungspolitik auf diesem Feld muß es sein, für einen Zustand zu sorgen, in dem ein militärischer Angriff aus dem Stand unmöglich sein wird. Das wird lange Zeit brauchen, und an eine Entlastung unserer Etats ist zunächst leider kaum zu denken. Aber es muß begonnen werden, selbst wenn die ersten Schritte in der Mitte Europas nur sehr bescheiden sein könnten.

Ich lasse andere Vorschläge nicht außer Betracht. Was zumal die Blockfreien auf der Konferenz von Colombo formuliert haben, verdient unsere ernste Beachtung.

Die Menschheit ist jedoch – wie wir hier alle wissen – nicht nur durch Krieg und Zerstörungsmittel bedroht. Solange viele hundert Millionen hungern, kann man nicht guten Gewissens von Frieden reden. 1,2 Milliarden Menschen vegetieren heute mit einem durchschnittlichen Einkommen von weniger als 200 Dollar pro Jahr. Einer der kompetentesten Männer stellte kürzlich einen Vergleich an über die Existenzbedingungen in den entwickelten und in den ärmsten Ländern: Dort ist die Kindersterblichkeit achtmal größer, die Lebenserwartung ein Drittel niedriger, die Zahl der Analphabeten um 60 Prozent höher. Der Ernährungsstandard liegt bei der Hälfte der Bevölkerung unter dem akzeptablen Minimum und er bietet Millionen Kindern nicht einmal soviel Protein, wie für die Entwicklung des Gehirns notwendig ist.

Wir können versuchen, uns die Bilder der Verzweiflung fernzurücken; sie holen uns ein. Sie zwingen uns in die Realität der Weltnachbarschaft, die unsere

tägliche Erfahrung wurde. Von uns wird eine neue Solidarität verlangt, die dieser Wirklichkeit entspricht. Wenn die schlichte Menschlichkeit nicht genug ist, dann wenigstens sollte man sich den Gesetzen der Vernunft unterwerfen. Die reichen Nationen werden nicht reich bleiben, wenn die Armenhäuser der Menschheit wachsen. Es gibt auf lange Frist keine Inseln der Privilegierung, keine Oasen des Glücks auf Kosten anderer. Die Offensive für den Frieden muß sich mit dem Kampf gegen die Weltnot verbinden; wir müssen sie mit auf unsere Schultern nehmen.

Es ist wahrlich Zeit für die *zweite Offensive* – eine Offensive für *neue Beziehungen zwischen Nord und Süd*.

Man muß es lernen, radikal umzudenken, ehe es zu spät ist. Oder einfacher: Man muß denken lernen. Im Zeichen der sozialen Demokratie ist in den Gesellschaften der entwickelten Welt einiges, in manchen der durch uns geprägten Staaten viel bewirkt worden. Hieraus läßt sich einiges ableiten für die Beziehungen zwischen den Nationen. Durch einen Zauberschlag wird das nicht bewirkt. Doch der Feldzug gegen den Hunger, gegen die Bevölkerungsexplosion, gegen das Genozid der Not duldet keinen Aufschub. Den Industriestaaten – nicht nur denen im Westen! – verlangt dies Opfer ab.

Ich weiß, dies sagt sich leicht; doch muß man sich klarmachen, daß die Krise die Weltwirtschaft nicht überwunden ist. Wir haben Beschäftigungsprobleme und solche der Währungen. Wir haben Rohstoffprobleme und solche der natürlichen Umwelt. Und doch dürfen wir den Graben zwischen den reichen Nationen der nördlichen Hemisphäre und den armen Völkern des Südens nicht noch tiefer werden lassen: Das heißt auch, geduldig und energisch weiterzuarbeiten an den Elementen, aus denen eine neue weltwirtschaftliche Ordnung werden soll.

Das Recht auf Leben ist das einfachste aller Menschenrechte. Wer diesen banal erscheinenden Satz an der Wirklichkeit mißt, erfährt auf schockierende Weise, wie es auf unserer Erde steht. Die Menschenrechte sind in der Satzung der Vereinten Nationen und in nahezu jeder Verfassung verbal verankert. In Wirklichkeit sind sie nur für eine Minderheit in Kraft. Nicht der Respekt vor ihnen, sondern ihre Verletzung ist die Norm, der die Völker unterworfen sind.

Und dennoch: Gäbe es die Menschenrechte nicht, wenigstens als Ziel, als Hoffnung, dann würde es Nacht. Resignation wäre Kapitulation vor Unrecht und Verzweiflung. Für die Sozialistische Internationale rufe ich deshalb zu einer *dritten Offensive* – der *Offensive für die Menschenrechte*.

Wir haben gelernt, daß es nicht nur individuelle, sondern auch kollektive Menschenrechte gibt. Zugleich wissen wir, daß Kollektive nur eine Summe der Einzelnen sind. Der Begriff der Individualität mag in Ost und West, in Nord und Süd auf verschiedene Weise interpretiert werden: Das einzelne Menschenleben ist hier wie dort ein letzter, ein äußerster Wert.

Die Sicherung der materiellen Existenz ist das Fundament aller anderen Menschenrechte. Angesichts des Hungertodes wird das Recht auf freie Meinungsäußerung zum abstrakten Gut. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, aber er braucht Brot, um zu leben. Der Kampf gegen den Hunger, der Kampf für Arbeit und sozialen Schutz – das ist der Anfang. Aber auch dort, wo dieser Anfang die äußerste Anstrengung verlangt, kann er kein Freibrief sein für Gewalttätigkeit und Willkür.

Die Verletzung der Menschenrechte in einem Teil der Welt ist so schrecklich wie die Brutalität in einem anderen. Unser Blick muß in alle Richtungen ungetrübt bleiben. In Erinnerung an das, was noch in jüngster Vergangenheit in Europa möglich war, ist mir jeder Hochmut fremd. Aber gleichgültig dürfen wir nicht werden.

Deshalb gilt unsere Sympathie jenen Organisationen – ich nenne Amnesty International –, die nachgewiesen haben, daß Menschen aus ihrer Gleichgültigkeit aufgerüttelt und Regime in ihrer Selbstherrlichkeit erschüttert werden können. Kirchen, Gewerkschaften, Zeitungen ... auch für ein Zusammenwirken mit den internationalen Organen liberaler und christlich-demokratischer Parteien sind wir offen: Es kann nicht genug Verbündete geben, denn der Auftrag ist schwer.

Dies war ein Versuch, die Felder der Arbeit zu umreißen. Einige Bereiche der Diskussion sind abgesteckt. Es sind Ziele gesetzt, die unsere ganze Anstrengung

erfordern. Wir werden, wie ich hoffe, *eine* Versündigung vermeiden: Es uns zu einfach zu machen. Die Simplifikateure sind allemal Illusionisten. Wir brauchen den Mut, die Welt und ihre Verhältnisse so kompliziert zu sehen, wie sie es sind. Damit werden wir einer guten Tradition gerecht: Die sozialistische Bewegung war von Beginn an ein Appell an das Denkvermögen der Menschheit.

Ich werde mich hüten, einer billigen Vereinfachung Tribut zu zollen und den „dritten Weg“ zu proklamieren. Aber ich meine, daß der demokratische Sozialismus, daß Sozialdemokraten den Auftrag haben und sich die Kraft zutrauen müssen, die Alternative und die Alternativen zu gestalten. Beides gilt, der Singular und der Plural.

Wir leben im Übergang, in Spannungen, Kompromissen, Konflikten und ihrem Ausgleich. Kein sogenanntes System ist völlig in sich abgeschlossen. Die großen Hoffnungen der Menschheit haben sich weder in Amerika noch in Rußland erfüllt. Ich sage nicht, daß wir Sozialdemokraten, wir demokratische Sozialisten den uralten und ewig jungen Hoffnungen genügen können. Aber es ist an uns, sie wenigstens wachzuhalten.

Wir setzen unser Prinzip von der Selbstbestimmung der Bürger gegen den kapitalistischen Kollektivismus der Verfremdung und gegen den kommunistischen Kollektivismus der freiheitsfeindlichen Diktatur.

Wir setzen unsere Verteidigung des Friedens gegen den Determinismus der Gewalt.

Wir setzen unseren Kampf um konkrete Menschenrechte gegen die Herrschaftsansprüche, die auf Unrecht und auf Schwäche gegründet sind.

Wir setzen geistige Mobilisierung gegen die Ergebung in eine Ausweglosigkeit, die von der Geschichte noch immer widerlegt worden ist. Tapferkeit – im Widerstand, im Dienst am Mitmenschen, im produktiven Denken – wird der Neigung zur Resignation widerstehen.

Wir setzen Vernunft gegen die Rationalisierung des Unvernünftigen: Das Bündnis zwischen Vernunft und Lebenswille, Moral und Selbstbehauptung,

Barmherzigkeit und Eigenbestimmung macht die Menschlichkeit des Menschen aus.

Unsereins hat längst der törichten Utopie entsagt, den „neuen Menschen“ formen zu wollen. Wofür wir arbeiten und kämpfen ist, daß der Mensch und die Menschlichkeit überleben.